

INHALT

Klimaschutz

Die Grünen mahnen mehr Tempo bei der Energiewende an. **S. 2**

Mieten bändigen

Eine deutliche Begrenzung soll soziale Härten vermeiden. **S. 3**

Verkehrssicherheit

Mehr Farbmarkierungen sollen die Aufmerksamkeit erhöhen. **S. 4**

Naturerlebnis für Kinder schaffen

Die Grünen wollen das Naturerlebnis von Kindern stärken. Das soll fester Bestandteil der Rahmenpläne von Kindertagesstätten werden. Die Initiative sieht zudem vor, Kita-Außengelände zu Natur-Spielräumen umzuwandeln. In Parks und Naturschutzgebieten sollen Bereiche für Wald- und Wildnistage der Kitas geschaffen werden. Nicht zuletzt soll die Fortbildung von ErzieherInnen im Bereich der Umweltpädagogik ausgeweitet werden. „Kinder profitieren in ihrer ganzheitlichen Entwicklung enorm von Naturerlebnissen, wie Studien belegen. In der Natur erleben sie mehr Ruhe und Freiheit, die Kinder lernen Pflanzen sowie Tiere kennen und erhalten Bewegungsanreize. Die Phantasie und freies Spiel entwickeln sich besser als in den Räumen einer Tageseinrichtung“, so der kinderpolitische Sprecher Stephan Schlenker.

Bestattungswunsch respektieren



Ein Fluss kann ein gemeinsamer Erinnerungsort sein.

Ist der Tod ist so individuell wie das Leben? Jedenfalls sind die Bestattungswünsche vielfältiger geworden. Immer mehr Menschen wollen ihre letzte Ruhestätte selbst bestimmen. Die meisten wünschen sich, dass ihre Asche an ihrem Lieblingsort ausgestreut wird. Manche möchten, dass die Urne zu Hause aufbewahrt wird. Im christlich geprägten Spanien und den meisten anderen europäischen Ländern ist das längst erlaubt. Hierzulande gilt hingegen mit Ausnahme der Seebestattung der Friedhofszwang. Mit einer Änderung des Bestattungsrechts wollen die Grünen den Friedhofszwang für Urnen aufheben.

Das derzeitige Bestattungsrecht zwingt die Hinterbliebenen, beim Erfüllen des letzten Wunsches illegale Wege zu beschreiten: Verstorbene werden in ein Krematorium ins liberalere Ausland gebracht, die Asche dann heimlich nach Deutschland zurückgeholt und hier verstreut. „Das ist würdelos gegenüber den Verstorbenen und Angehörigen. Es ist vielmehr ein Zeichen von Würde und Pietät, wenn die individuellen Bestattungswünsche berücksichtigt werden können. Schließlich endet Würde nicht am Friedhofstor. Auch ein Fluss, ein Wald oder eine Blumenwiese,

auf der die Asche nach dem Willen des Verstorbenen verstreut werden soll, kann genauso ein gemeinsamer Trauer- und Erinnerungsort für die Hinterbliebenen sein“, erläutert die umweltpolitische Sprecherin Maike Schaefer.

Auch die Aufbewahrung der Urne zu Hause oder im Garten sollte nach Ansicht der Grünen ermöglicht werden. „Viele ältere Menschen können wegen eingeschränkter Mobilität den Friedhof überhaupt nicht mehr aufsuchen. Der Ort der Trauer steht ihnen nicht zur Verfügung. Kann es für sie nicht ein Trost sein, ihren Verstorbenen in der Nähe zu wissen und so Trauerarbeit zu leisten? Wir wollen solche Ausnahmen zulassen. Die gewachsenen Trauerriptide der Mehrheit der Bevölkerung werden dadurch nicht berührt. Sie werden sicher so wie die Friedhöfe fortbestehen“, so Maike Schaefer.

Trotz Liberalisierung soll auch künftig nicht alles möglich sein. „Wir müssen Regelungen und Orte finden, die die Würde der Verstorbenen wahren und auch die Belange der Lebenden respektieren“, betont Maike Schaefer. Der Senat soll deshalb ein umfassendes Konzept entwickeln, das alle ethischen und sozialen Aspekte berücksichtigt.

Energiewende beschleunigen

Die Bundesregierung bremst die Erneuerbaren aus. Was zu tun ist, erläutert Anne Schierenbeck im Interview.

Viel Gerede, wenig Fortschritt: Die schwarz-gelbe Bundesregierung verschläft die Energiewende. Der Ausbau der Windenergie kommt nicht schnell genug voran, die Solarenergie wird ausgebremst, der Netzausbau verzögert sich und beim Energiesparen tut sich zu wenig. Was jetzt nötig ist, erläutert die energiepolitische Sprecherin Anne Schierenbeck im Interview.

Welche Weichenstellungen sind für mehr erneuerbare Energien, Energiesparen und Energieeffizienz nötig?

Anne Schierenbeck: Der Ausbau der Erneuerbaren Energien ist eine rot-grüne Erfolgsgeschichte: wir haben jetzt mehr als ein Viertel Strom aus Erneuerbaren. Viele Erzeugungsanlagen sind in der Hand von Bürgerinnen und Bürgern. Wir Grünen wollen das EEG reformieren, um die Kosten gerecht zu verteilen und Fehlentwicklungen z.B. bei der Biogaserzeugung entgegen zu wirken. Daneben wollen wir endlich auch bei der Wärme und der Mobilität weg von den fossilen Brennstoffen. Dazu gehört vor allem, dass der Verbrauch gesenkt wird. Schon der Abbau klimaschädlicher Subventionen wie z.B. die Abschaffung des Dienstwagenprivilegs würden Anreize zu weniger Verbrauch schaffen. Wir wollen aber auch die energetische Gebäudesanierung wirksam fördern und verbindliche Ziele für Energieeffizienz festschreiben.

Der Netzausbau hinkt dem Ausbau der erneuerbaren Energien hinterher: Welches Konzept haben die Grünen, damit das Stromnetz schneller mitwächst?

Tatsächlich sind noch nicht mal die Planungen realisiert, die gar nichts mit dem Ausbau der Erneuerbaren zu tun haben. Aus unserer Sicht hilft Transparenz: alle Planungen einschließlich der zugrunde liegenden Leistungsflussdaten sind zu veröffentlichen und zu aktualisieren – dann wird klarer, welche Netze unbedingt nötig sind und auf welche Ausbauten wir vielleicht auch verzichten können. Wir wollen also mehr Bürgerbeteiligung statt weniger

und finanzielle Mittel für Erdkabel, damit Konfliktpunkte ausgeräumt werden können.

Stehen für den Netzausbau schon genügend Speichertechnologien bereit?

Die Technologie ist da, allerdings sind Speicher noch teuer. Zunächst brauchen wir Anreize, damit sich Investitionen in Speicher rechnen. Wenn mehr Speicher gebaut werden und mehr Erfahrungen vorliegen, werden diese auch kostengünstiger. Speicher alleine reichen aber nicht für die sichere Stromversorgung durch Erneuerbare: Wichtig ist, dass auch die Potenziale durch Lastmanagement verstärkt genutzt werden. Das könnte ähnlich wie Speicherkapazität vergütet werden. Wir wollen Biogas gezielt einsetzen für die Erzeugung von Strom in

„Die Gebäudesanierung muss wirksam gefördert werden.“

Anne Schierenbeck

Spitzenlastzeiten, wenn Wind- und Sonnenstrom nicht genügend Leistung liefern. Da muss jetzt umgesteuert werden, denn unter den aktuellen Förderbedingungen müssen Biogas-Kraftwerke möglichst viele Stunden im Jahr laufen.

Auch die energetische Gebäudesanierung ist ein zentraler Teil der Energiewende: Wie lässt sich die Rate deutlich erhöhen?

Wichtig ist, dass Förderprogramme langfristig ausgestaltet werden, denn Sanierungen brauchen nun mal einen gewissen Vorlauf, Bürgerinnen und Bürger Planungssicherheit. Wir müssen der Unsicherheit entgegenwirken: viele haben Angst, ihr Haus kaputt zu sanieren und tun dann lieber gar nichts. Wir brauchen also noch mehr Aufklärung und unabhängige Beratung.

Die nötige Haftungsregelung für die Offshore-Branche geht zu Lasten der VerbraucherInnen, ebenso die üppigen Befreiungen von der EEG-Umlage für die Industrie und nach der energetischen Sanierung fallen Mieterhöhungen bis zu 11 Prozent an: Ist eine gerechtere Lastenverteilung nötig, um

die Akzeptanz für die Energiewende nicht zu gefährden?

Unter Schwarz-Gelb mussten wir erleben, wie immer mehr Ausnahmen für die Industrie geschaffen wurden: die Ausnahmen für die EEG-Umlage wurden ausgeweitet, dazu viele Unternehmen von den Netznutzungsentgelten befreit. Das ist ungerecht und das wollen wir ändern. Für Mieterinnen und Mieter müssen wir vorsorgen: zum einen müssen sie vor steigenden Nebenkosten geschützt werden, zum anderen rechnen sich die Einsparungen durch eine Sanierung erst im Laufe von 15 bis 20 Jahren, dementsprechend müssen die Sanierungskosten auf einen längeren Zeitraum verteilt werden. Zur Debatte um die gerechte Lastenverteilung gehört aber auch Ehrlichkeit: die Strompreise, über die gerade so heftig diskutiert wird, machen ja nur einen kleinen Teil der Kosten aus, die ein Haushalt für Energie zahlt. Viel wichtiger sind die Kosten für Wärme und Mobilität. Je länger wir da bei den Fossilen bleiben, desto teurer wird es für jeden einzelnen Haushalt und die ganze Gesellschaft. Die Preise für Öl und Gas werden weiter steigen, zudem müssen wir diese Brennstoffe importieren. Ohne eine Verbrauchsreduzierung wird es nicht gehen. Also: Häuser dämmen, Fahrrad fahren – damit Energie bezahlbar bleibt!



Anne Schierenbeck,
energiepolitische Sprecherin

Grüne für deutliche Begrenzung

Drastische Mieterhöhungen führen derzeit auch in Bremen zu sozialen Härten für Menschen. Die Grünen wollen MieterInnen besser davor schützen und fordern Änderungen am bundesweit geltenden Mietrecht.

Einige VermieterInnen heben in der Hansestadt die Miete alle drei Jahre um die gesetzlich maximal erlaubten 20 Prozent an. Die drohende Folge z.B. für manche BremerInnen mit schmaler Rente ist, dass sie sich ihre Mietswohnung nicht mehr leisten können. Manch alter Mensch könnte so zum Umzug gezwungen sein und das gewohnte Lebensumfeld verlieren.

Zudem häufen sich in gefragten Stadtteilen die Fälle, in denen bei Mieterwechseln die Miete oft kräftig erhöht wird. Konsequenz: Die hohen Mieten bei Neuverträgen treiben das Mietniveau mittelfristig insgesamt nach oben. Denn in die ortsübliche Vergleichsmiete, mit denen VermieterInnen Mieterhöhungen begründen können, gehen nur die Vertragsabschlüsse der letzten vier Jahre ein.

„Wie in anderen Großstädten stellen wir auch in Bremen fest, dass durch drastische Mietsteigerungen für manche Menschen soziale Härten entstehen. Um das zu vermeiden, wollen wir im Bund verschiedene Änderungen des Mietrechts erreichen“, betont der Fraktionsvorsitzende Matthias Güldner. So soll die sogenannte Kappungsgrenze, die Mietsteigerungen von bis zu 20 Prozent innerhalb von drei Jahren ohne Gegenleistung der VermieterInnen zulässt, verändert



werden: Mieterhöhungen sollen frühestens nach vier Jahren um maximal 15 Prozent möglich sein. Das würde reichen, um die durchschnittliche Inflationsrate der letzten Jahre für VermieterInnen abzudecken. Außerdem fordern die Grünen, bei Neuvermietungen eine gesetzliche Begrenzung der Mietsteigerungen einzuführen. Denn in einigen besonders beliebten Stadtteilen haben die satten Aufschläge bei Mieterwechseln hohe Durchschnittsmieten zur Folge – Menschen mit geringerem Einkommen werden so aus bestimmten Stadtteilen verdrängt.

„Wir wollen die BremerInnen vor übermäßigen Mieterhöhungen schützen. Die sozialen Belange der MieterInnen müssen gewahrt und bezahlbarer Wohnraum für Menschen mit unterschiedlichem Einkommen in der gesamten Stadt erhalten bleiben. Andernfalls besteht die Gefahr, dass die Gentrifizierung in Bremen zunimmt und die soziale Entmischung verstärkt wird. Wir wollen nicht zusehen, wenn hochbetagte Menschen zum Umzug gezwungen werden oder Studierende sich das ‚Viertel‘ nicht mehr leisten können“, so Matthias Güldner.

Asylbewerberleistungsgesetz abschaffen

Auch für Asylsuchende und Flüchtlinge gilt die Menschenwürde. Das hat das Bundesverfassungsgericht mit seinem eindeutigen Urteil zum Asylbewerberleistungsgesetz klargestellt. Die Grünen fordern die Abschaffung des Gesetzes. Asylsuchende und Geduldete sollen stattdessen fortan einen Anspruch auf Grundversicherung nach den Sozialgesetzbüchern II und XII erhalten. Dafür setzt sich Bremen im Bundesrat ein.

Ein Asylsuchender erhält heute nur knapp 60 Prozent des Hartz-IV-Satzes – also 225 statt 374 Euro im Monat. Dieser Satz ist eindeutig zu niedrig und obendrein nie nachvollziehbar berechnet worden. Beides verstößt gegen das Grundrecht auf ein

menschenwürdiges Existenzminimum, wie Karlsruhe höchstrichterlich bestätigt hat.

„Mit dem Asylbewerberleistungsgesetz wird eine ganze Personengruppe gesetzlich schlechtergestellt. Eine menschenwürdige Teilhabe am Leben in der Gesellschaft ist mit den viel zu geringen Leistungen des bisherigen Gesetzes ausgeschlossen. Besonders betrifft das Kinder und Jugendliche, deren Zukunftsperspektiven von Beginn an beschnitten werden. Das ist beschämend und nicht hinnehmbar. Integration fördert das nicht. Das Bundesverfassungsgericht hat klipp und klar festgestellt, dass alle Menschen in der Bundesrepublik unabhängig von ihrer Herkunft oder ihrem Aufenthaltsstatus das Recht auf ein

menschenwürdiges Dasein haben. Das Asylbewerberleistungsgesetz, das von Anfang an einen diskriminierenden Charakter hatte, ist überflüssig. Es muss komplett abgeschafft werden. Wir können die betroffenen Menschen in die existierenden Sozialleistungssysteme des SGB II und XII übernehmen“, betont die migrations- und integrationspolitische Sprecherin Zahra Mohammadzadeh.

Während die schwarz-gelbe Bundesregierung nur Flickschusterei vorhat, wollen die Grünen die Aufhebung des Asylbewerberleistungsgesetzes über den Bundesrat erreichen. Einem entsprechenden Antrag von Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein ist Bremen beigetreten.

Farbmarkierungen und Zebrastreifen

Mehr Sicherheit ohne viel Aufwand

V ielerorts dürfen RadlerInnen auf der Straße fahren, nachdem die Benutzungspflicht der Radwege dort aufgehoben wurde. Das irritiert mitunter AutofahrerInnen. Für mehr Klarheit und Sicherheit können eindeutige Verkehrspiktogramme direkt auf der Fahrbahn sorgen. Auch in Tempo-30-Zonen und Spielstraßen können die aufgemalten Zeichen die Verkehrsregeln verdeutlichen. Die Grünen drängen darauf, solche Markierungen in Bremen verstärkt einzusetzen. Bei der Auswahl der Straßen sollen die Anregungen der Beiräte berücksichtigt werden. Das gilt ebenfalls für die Ausweitung von Zebrastreifen, mit denen die Verkehrssicherheit erhöht werden soll.

„Im Gegensatz zu anderen Städten werden Verkehrspiktogramme in Bremen bisher nur recht selten eingesetzt. Dabei können sie gerade auch Regel-Änderungen deutlich machen und zu einem Sicherheitsgewinn beitragen. Wir setzen zudem darauf, dass die Piktogramme die gegenseitige Rücksichtnahme der VerkehrsteilnehmerInnen fördern“, erläutert der verkehrspolitische Sprecher Ralph Saxe die Forderung nach mehr Fahrbahnmarkierungen.

Die Piktogramme sollen künftig gezielt bei neuen Fahrrad- bzw. Spielstraßen und Tempo-30-Bereichen genutzt werden. Auch an bereits vorhandenen neuralgischen Verkehrspunkten sollen sie für Abhilfe sorgen. Nicht zuletzt sollen die Markierungen in jenen Straßen eingesetzt werden, in denen der Radverkehr auf die Fahrbahn gelenkt wird.



Piktogramme schaffen mehr Klarheit.

Um die Sicherheit und den Komfort für FußgängerInnen zu erhöhen, sollen an geeigneten Stellen außerdem wieder verstärkt Zebrastreifen mit flankierenden Maßnahmen wie Blinklichtern und Mittellinien eingesetzt werden. Seit den späten 60er Jahren galten Zebrastreifen als Bremse für den Verkehrsfluss und wurden als unsicher gebrandmarkt. Neuere Untersuchungen zeigen hingegen, dass Zebrastreifen die Sicherheit von FußgängerInnen durch besseren Sichtkontakt, Tempo-Begrenzung und Überholverbot stärken. Gute Gründe,

die markierten Fußgängerüberwege wieder einzuführen – zumal sie bei der Anschaffung und im Unterhalt deutlich günstiger sind als Ampeln. „Von Zebrastreifen profitieren vor allem auch Kinder, ältere Menschen, Seh- und Hörbehinderte oder auch RollstuhlfahrerInnen. Mehr Querungshilfen verbessern die Sicherheit für alle auch, weil FußgängerInnen dann nicht mehr so lange Wege zur nächsten Ampel zurücklegen müssten und dadurch verführt werden, einfach zwischen den fahrenden Autos hindurch über die Straße zu laufen“, so Ralph Saxe.

Exzellenzinitiative für Lehre nutzen

Vom Erfolg der Universität Bremen bei der Exzellenzinitiative soll auch die Lehre profitieren. Außerdem darf die Unterstützung der Uni, die zur Kofinanzierung der Exzellenzprojekte in den nächsten fünf Jahren über 19 Millionen Euro von Bremen erhält, nicht zu Lasten der anderen Hochschulen im Land gehen. Das erwarten die Grünen.

„In ihrem Zukunftskonzept hat die Universität überzeugend dargelegt, dass sie u.a. das forschende Lernen in den Curricula stärken sowie den wissenschaftlichen Nachwuchs und insbesondere Frauen fördern will. Damit soll genau das gefördert werden, wo großer Nachholbedarf

besteht. Die geförderte Spitzenforschung soll auch gute Lehre unterstützen. Wir wollen darauf achten, dass diese Ziele verwirklicht werden“, betont die wissenschaftspolitische Sprecherin Silvia Schön.

Damit die Chancen der Exzellenzförderung der gesamten Universität zugutekommen, erwarten die Grünen eine regelmäßige Berichterstattung zur Umsetzung. „Wir nehmen die Sorgen von Studierenden, dass nur einzelne Exzellenz-Bereiche Vorteile haben könnten, ernst. Um das zu vermeiden, wollen wir die Universität bei der Umsetzung der Exzellenzförderung kritisch begleiten“, so Silvia Schön.

Impressum



Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
in der Bremischen Bürgerschaft

Schlachte 19/20, 28195 Bremen

Tel.: 0421 / 3011-0

E-Mail: fraktion@gruene-bremen.de

ViSdP: Matthias Makosch

Texte: M. Makosch

Fotos: E. Meyer, iStockphoto

Druck: Geffken & Köllner, Bremen